



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/15 - 18. Januar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Der andere Weg	S. 1
"Unteilbares Deutschland" - auch in den USA	S. 2
5-Tage-Woche in der Schule ?	S. 4
Bonn ein Camping - Platz ?	S. 6

Der andere Weg

G.L. - Bekannte CDU-Politiker bemühen sich seit einigen Tagen, das geschundene Vertrauen zur Kanzlerpolitik durch scharfe Angriffe auf die SPD wieder aufzumöbeln. Hierbei spielt die Frage nach dem "anderen Weg" der deutschen Aussenpolitik die Hauptrolle.

Der Bundeskanzler und die CDU haben seit Jahren erklärt, nur die sogenannte Politik der Stärke führe zur Wiedervereinigung Deutschlands, biete dem deutschen Volk Sicherheit und sei überhaupt "der einzig gangbare Weg" einer deutschen Aussenpolitik. Mit einer absoluten Parlamentsmehrheit hat man jede andere Meinung niedergestimmt.

Der Wiedervereinigung sind wir keiner Schritt nähergekommen und die Sicherheit unseres Volkes ist nicht gewährleistet. Am allerwenigsten durch die Aufstellung von zwei deutschen Armeen, von denen die eine im westlichen und die andere im östlichen Machtblock stehen soll.

Man braucht kein Prophet zu sein, um zu erkennen, dass die Fortsetzung dieser "Politik" die Spannungen zwischen Ost und West nicht vermindert, sondern erhöht. Man braucht aber auch kein grosser Politiker zu sein, um zu begreifen, dass nur auf der Grundlage einer Entspannung die Wiedervereinigung Deutschlands möglich sein wird.

Wer angesichts dieser Tatbestände die allgemein bekannten sozialdemokratischen Vorschläge zur Erörterung einer neuen deutschen Aussenpolitik nur mit Ausrufezeichen beantwortet, setzt sich dem Verdacht aus, die ausgetretenen Pfade der in das Nichts führenden Kanzlerpolitik

nicht verlassen zu wollen.

Das und nichts anderes ist das Kriterium für den Wert oder Unwert einer "Argumentation" jener CDU-Politiker, die sich schon jetzt im Vorfeld der Bundestagswahl bei ihrem Herrn und Meister als zukünftige Minister in Empfehlung bringen wollen.

Denn: Es ist ja nicht so, dass die von der SPD schon seit langem angestrebten Änderungen der deutschen Aussenpolitik in Richtung auf ein kollektives europäisches Sicherheitssystem, das an die Stelle der sterilen Politik der Militärblocke gesetzt werden muss, eine Ausgeburt parteitaktischer Überlegungen wäre. Der Begriff "Kollektives Sicherheitssystem in Europa" ist längst zu einem sehr realen Bestandteil der internationalen Diskussion über die Möglichkeiten zur Erhaltung des Friedens geworden. Auch wenn das die CDU nicht wahrhaben will !

In England, in Frankreich und in den USA hat man längst begriffen, dass man heute nicht mehr mit den in der Zeit des Korea-Krieges entstandenen Konzeptionen weiterkommt, dass ein Beharren auf dieser Position die ganze Welt zum Pulverfass werden liesse, bei dem das gesplante Deutschland genau der Platz wäre, wo die brennende Lunte angesetzt werden könnte.

Die in den Vereinigten Staaten in letzter Zeit erfolgten Vorstösse zur Aktivierung einer vernünftigen Europa-Politik/^{lassen}klar erkennen, dass man auch dort begriffen hat, wie wenig die Fortsetzung der Politik der militärischen Blöcke dem Frieden diert. Aber - und das ist bedenklich - die CDU und der Bundeskanzler scheinen sich darauf zu verlassen, dass man in den Vereinigten Staaten im Augenblick nicht gewillt ist, den Kanzlernimbus aufzulockern. "Die Welt" berichtet aus Washington von dem Ausspruch eines hochstehenden amerikanischen Beamten, der dem Verfasser des Berichtes gesagt hat: "Wir können wenig tun, um den Status von Deutschland zu ändern, solange wir Adenauer haben - und die Weisungen sind, ihm durch die nächsten Wahlen zu helfen"...

In diesem Licht gesehen, sind die während der letzten Tage von CDU-Seite gegen die SPD geführten Angriffe als der Versuch zu werten, eine echte Auseinandersetzung über den notwendigen anderen Weg der deutschen Aussenpolitik zu verhindern. Es steht jedoch heute schon fest, dass der CDU dieser Versuch nicht glücken wird. In der grossen aussenpolitischen Debatte des Bundestages am 31. Januar 1957 wird ihr nichts erspart bleiben.

Ein beachtlicher Vorstoss

sp.- Präsident Eisenhower hat dieser Tage einen von zwölf demokratischen Kongressmitgliedern unterzeichneten Brief erhalten, in dem er aufgefordert wird, eine aktive Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands einzuleiten. Der Brief erregte in politischen Kreisen Washingtons beträchtliches Aufsehen, zumal Eisenhower bereits mitteilen liess, dass die Vorschläge der zwölf Kongressmitglieder "genaue Beachtung" finden würden.

In ihrem Schreiben erklären die Kongressmänner, die nationale Einheit des deutschen Volkes sei in Jahrhunderten gewachsen und erst durch den Vertrag von Yalta und das Potsdamer Abkommen von 1945 "von Menschenhand zerschlagen" worden. Die Hauptschuld daran trage zwar zweifellos die Sowjetunion, "aber auch die westlichen Mächte England und USA waren an diesen Beschlüssen beteiligt". Amerika müsse daher heute die Mitverantwortung für die Spaltung Deutschlands tragen, "die von der damaligen Regierung mitbeschlossen worden ist".

Im einzelnen wird in dem Brief dargelegt, welche Gefahren für den Weltfrieden durch die Spaltung Deutschlands entstehen und erklärt: "Die USA sind gezwungen, ständig mehrere hunderttausend Mann Truppen in Europa zu halten, um die durch die Spaltung Deutschlands geschaffene Lage einigermaßen zu stabilisieren und zu sichern". Dies könne und dürfe aber nicht so bleiben, erklären die zwölf Kongressmitglieder in ihrem Brief an Eisenhower. Bisher seien zwar verschiedene Massnahmen ergriffen worden, um die Spaltung Deutschlands zu beenden. "Sie scheiterten jedoch durchweg an der sowjetischen Weigerung, sowie an der mangelnden Weisheit und Entschlossenheit des Westens, diese Frage zu einem guten Ende zu führen. Unentschlossenheit und halbe Massnahmen sind jedoch schlechter als gar nichts".

Der Kongressabgeordnete Henry S. Reuss aus Milwaukee erklärte als Sprecher seiner Kollegen, Aussenminister Dulles habe in seiner Pressekonferenz vom 19. Dezember 1956 durchblicken lassen, dass nichts getan werde, um den Völkern hinter dem Eisernen Vorhang zu helfen,

18. 1. 1957

bis diese aus eigener Kraft die Unabhängigkeit errungen hätten. Reuss sagte dazu, Dulles rede, als ob die einzige Alternative für die Wiedervereinigung Deutschlands darin bestünde, entweder abzuwarten, was passiere, oder Massnahmen zu ergreifen, mit denen man einen totalen Krieg riskiert. Wenn man nur sitzen bleibe und abwarte, müsse man in der ständigen Befürchtung leben, dass ein spontaner Ausbruch hinter dem Eisernen Vorhang den dritten Weltkrieg auslösen könnte.

Die zwölf demokratischen Kongressmitglieder haben jetzt eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich zum Ziel setzt, "im amerikanischen Volke alle Kräfte freizulegen und zur Anwendung zu bringen, die eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit aus moralischen Gründen und wohlverstandenen nationalen Interesse begrüssen" würde. Die Arbeitsgruppe heisst "American Council for the Re-unification of Germany"; sie will alle Informationen über Bemühungen und Äusserungen zur Wiedervereinigung Deutschlands koordinieren und auf Regierung und gesetzgebende Organe der Vereinigten Staaten einwirken, "um dieses auch für die Sicherheit Amerikas so wichtige Problem einer Lösung näherzubringen. Dem "Council" werden Vertreter von Vereinen, politischen und wirtschaftlichen Verbänden, sowie Einzelpersonlichkeiten angehören. Sobald die Wiedervereinigung Deutschlands vollendete Tatsache ist, wird der "Council" sich auflösen.

Zu den Unterscheidern des an Präsident Eisenhower gerichteten Briefes gehören u.a. die Abgeordneten: Thomas L. Ashley, Charles A. Boyle, D. Dingell, Torbert H. MacDonald, George M. Rhodes, James Roosevelt, B.F. Sisk, Frank Thompson.

+ + +

Wir müssen an den Menschen des Jahres 2000 denken

Von Arno Hennig, Hessischer Minister für Erziehung und Volksbildung

Die Fünf-Tage-Woche ist ernsthaft zur Erörterung gestellt, und zwar von der Industrie her, wie das in einer weitgehend industrialisierteren Gesellschaft natürlich erscheint. Sie wird angestrebt als logische Folge der gesteigerten Produktivität, der Rationalisierung und Automatisierung. Dadurch ist die Volkswirtschaft instande, auch in fünf Wochentagen alle fürs Leben notwendigen Güter zu erzeugen, und sie gewährleistet dem Menschen die Möglichkeit eigenen, persönlich vertieften Lebens. Schwierig ist die Einführung der Fünf-Tage-Woche zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Gesundheitsdienst, in der Unterhaltungsindustrie, in der Kunstpflege, im Schulwesen. Das Schulleben insbesondere sieht sich nicht aus seinem eigenen Wesen heraus und nicht durch die Möglichkeit einer rationellen Leistungssteigerung vor dieses wichtige Problem gestellt, sondern durch das sich wandelnde Gesellschaftsgefüge.

Pädagogen dafür

Die ständige Konferenz der Kultusminister hat die Frage der Fünf-Tage-Woche noch nicht erörtert, wird sie aber demnächst im Zusammenhang mit der schon begonnenen Planungsarbeit beraten. Deshalb muss der derzeitige Präsident Wert darauf legen, dass diese Ausführungen nur eine persönliche Meinung darstellen.

Pädagogen von Rang und Ansehen halten die verkürzte Schulwoche für erstrebenswert und empfehlen ihre Erprobung auf dem Wege des Schulversuchs in Orten, wo die Industrialisierung der Gesellschaft am weitesten vorgeschritten ist und der Einklang mit der Wirtschaft am ehesten erwartet werden kann.

Frühreife nervöse Kinder, die wachsende Zahl der "Schlüsselkinder" in allen Schulgattungen, die Überschätzung des Stoffprinzips und die damit verbundene Überbürdung des Gedächtnisses und des häuslichen Fleißes, erschreckend hohe Erkrankungsziiffern der Lehrkräfte rufen nach einer verlängerten Wochenende der Ruhe und Erholung, genauso wie für die Arbeiter. Von dieser fruchtbaren Pause wäre am ehesten ein vertieftes Familienleben, eine wirkliche Sonntagsheiligung, das Erwandern der Heimat, das Erlebnis der Kunstwerke und edler Lektüre zu erwarten.

Die Schwierigkeiten

Die praktischen Schwierigkeiten der Ein- und Durchführung sind grösser als in der Industrie. Das quantitative "Schütten" von "Mehrleistung" ist in der Pädagogik bei verkürzter Unterrichtszeit nicht ohne weiteres gegeben. Grob gerechnet, bräucht man etwa ein Sechstel mehr an Räumen und Lehrkräften. Die Mehrkosten wären also erheblich. Die Lehrpläne müssen umgearbeitet werden, wobei der "Egoismus" der Pächter und ihrer Sachwalter erfahrungsgemäss Hindernisse aufbauen werden. Ein Zusammendrängen der Unterrichtsgegenstände auf verminderte Zeit scheitert an den natürlichen Grenzen der Aufnahmefähigkeit der Schüler und der Spannkraft der Lehrer. Besonders in der kleinen Landschule dürfte die verkürzte Schulwoche auf grosse Schwierigkeiten stossen und wohl eine längere Vorbereitungszeit erfordern.

Der radikalste Ausweg wäre eine auf neun oder besser auf zehn Jahre ausgedehnte Schulpflicht. Wenn man diesen konsequenten Weg beschritte,

könnte man sogar die so oft beklagte Zersplitterung unseres Schul- und Erziehungswesens bereinigen, indem man vom fünften Schuljahr an nach dem Prinzip von "Kern und Kursen" in gegliederter Schulen die notwendige Differenzierung durchführte und so die Berufs- und Mittelschule miteinbezüge und ebenso die untersten Klassen des Gymnasiums. Doch ist diese Möglichkeit noch nicht "durchgerechnet" und dürfte auf erste Sicht hin auf den erbitterten Widerstand all derer stossen, die in der Zerklüftung unseres Schulwesens zum mindesten eine unabänderliche Notwendigkeit sehen.

Versuch notwendig !

Deshalb sollte man den Ausweg zunächst in der inneren Neugestaltung suchen. Die Stoffpläne müssen abgelöst werden durch Bildungspläne. Charaktere zu bilden ist wichtiger als Vielwisser zu züchten. Alles Lernen muss bilden. Nur beispielhafte, typische, fruchtbare Stoffe muss die Schule aufgreifen und wirklich ausschöpfen. Was kein fortwirkendes pädagogisches Interesse erzeugt, was nicht zu eigener Weiterarbeit anregt, ist erzieherisch wertlos.

Die mächtigste Antriebskraft der Eigenentwicklung des jungen Menschen ist die Persönlichkeit des Erziehers. Darum ist die beste Lehrerbildung auch in diesem Zusammenhang die vordringlichste Forderung. Die vom Lehrer ausgehende menschliche Strahlungskraft würde dem Schüler auch an den zwei freien Tagen helfen, sich selbständig mit Werkvorhaben, Kunst-erlebnissen, vernünftigen Sport zu befassen, kurzum: seine Freizeit sinnvoll zu geniessen. Die 5-Tage-Woche in der Schule lässt sich nur schrittweise durchführen, mit grosser Geduld und immer im Einklang mit den Voraussetzungen der verfügbaren Räume und Lehrkräfte und je nach dem Tempo der Erarbeitung neuer Bildungspläne, die nach der Tiefe hin zu gewinnen hätten, was sie an Breite und Oberfläche aufgeben müssen. Vor allem aber sollten alle staatlichen und kommunalen Schulverwaltungen Beispielschulen verschiedener Typen schaffen, wo immer die besten Voraussetzungen vorliegen, und auf diese Weise unnötige Umwege und kostspielige Misserfolge ausklammern beim Erarbeiten der unbedingt nötigen praktischen Erfahrungen.

Ausblick

Der tiefere Sinn der verkürzten Arbeitszeit, weit hinausgreifend über wirtschaftliche und hygienische Erwägungen ist die grosse Möglichkeit dem Menschen den Weg nach innen zu erleichtern, zu seinem wahren Selbst, zu den Quellen seiner Existenz. Der Erzieher darf vor solchen und allen wesentlichen Aufgaben nicht an sich denken, sondern an den Menschen des Jahres 2000. Dieser Mensch, heute noch ein Kind, wird den Weg nach innen um seines Menschenwesens willen noch viel nötiger haben als wir heute. Die Schule ist zwar ein Teil der Gesellschaft und wird weitgehend von deren Wachstumsgesetzen bestimmt. Es kommt aber bei den weit ausgehenden Veränderungen unserer Zeitläufe darauf an, dass sich die Erziehung durch äussere Einflüsse nicht "gleichschalten" lässt, sondern dass sie aus ihrem Wesen und ihrem Auftrag heraus diesen Notwendigkeiten entspricht durch eigene fruchtbare Lösungen, die wohl nur im Verdichten und Vertiefen des pädagogischen Wirkens gesucht werden können.

Selbstenthüllung

sp. Eine österreichische Parlamentsdelegation weilt in diesen Tagen in der Bundeshauptstadt. Sie wurde, wie es sich gehört, im Bundestag vom gerade antretenden Vizepräsidenten, dem FDP-Abgeordneten Becker aus Hessen, humorvoll begrüßt. Wie es sich auch gehört, erinnerte Becker die Gäste aus Wien daran, dass sie sich in einer provisorischen Hauptstadt befinden, Bonn gleiche einem grossen Camping-Platz an den Ufern des Rheins, bevölkert von einer Regierungs-Karawane, die der eigentlichen Hauptstadt Berlin zustrebe.

Ging Becker mit dieser Bemerkung, die ja vor den österreichischen Gästen eine Bekundung des Willens zur deutschen Einheit enthielt, zu weit? Jedenfalls rief sie den Zorn der CDU hervor, sie fühlte sich betroffen, sie erblickte darin eine Verächtlichmachung Bonns als ihre ureigenste Schöpfung. Die junge Union München der CDU/CSU hält sogar die Kampagne für die Bundeshauptstadt Berlin nicht nur für unsachgemäß sondern grundsätzlich verkehrt, "denn, mit den Bemühungen, Berlin zur Bundeshauptstadt zu machen, feiert der Traditionssinn forscher Preußen Auferstehung".

Da haben wir es. Wer sich für Berlin als Hauptstadt Deutschlands einsetzt, ist demnach "ein forscher Preuße". Füglich muss die CDU, falls diese Kennzeichnung der jungen Union zutrifft, auch aus scheinheiligen und unechten Preußen bestehen, lässt sie doch bei Sonntagsreden das Bekenntnis zu Berlin als Bestandteil ihres politischen Programms einfließen. Alle zukünftigen Betsparungen ähnlicher Art sind nur nach dieser Selbstenthüllung als Lippenbekenntnisse zu werten, die zu nichts verpflichten.

Und in der Tat: die praktische Politik der CDU und der von ihr gestellten Regierung verbaut die Strasse nach Berlin, in ihrer effektiven Wirkung soll Bonn als dauerndes Provisorium erhalten bleiben. Insoweit hatte Dr. Becker Unrecht, gab er kein zutreffendes Bild der österreichischen Freunde. Die Regierungs-Karawane zieht es nämlich nicht nach der Stadt an der Spree, sie befindet sich auch nicht auf einem Camping-Platz, sie hat sich in den Stahl- und Zement-Riesenbauten Bonns recht fest verbarrikiert; sie trifft keine Anstalten, sie um Berlins Willen wieder aufzugeben.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel